



BVBB

Bürgerverein Brandenburg-Berlin e.V.
Anerkannt als gemeinnütziger Verein
Parteienunabhängig - für Bürgerrechte

Geschäftsstelle und Bürgerbüro:
Heinrich-Heine-Straße 3-5 · 15831 Mahlow
Internet: <http://www.bvbb-cv.de>

INFO 26

Mahlow, im Dezember 2002

" Großflughafen Schönefeld " - außer Spesen nichts gewesen!

Auch im Jahre 2002 fragen sich die staunende Öffentlichkeit und 17 betroffene Gemeinden mit ihren betroffenen Bürgern: Kommt er nun oder kommt er nicht?

Seit 10 Jahren die gleiche Fragestellung nach einem Großflughafen für die Region Berlin und Brandenburg. Seit 10 Jahren Chaos bei politischen Entscheidungen, Planung und in gerichtlichen Auseinandersetzungen. Selbst Experten sind kaum noch in der Lage, im Gewirr widersprüchlicher Erklärungen Sinn und Unsinn dieses Chaos auseinander zu halten. Die offiziell verkündeten Erklärungen haben in ihrem Wahrheitsgehalt Halbwertszeiten, die in aller Regel Monate nicht überleben. Was wollten die Landesregierungen von Berlin und Brandenburg, SPD, CDU und FDP? Die einfache Antwort ihres Ziels in 1991: Einen Großflughafen mit Abflug- und Ankunftszielen in alle Welt, privat finanziert und mit Gewinn betrieben. 50 Millionen Passagiere sollten abgefertigt werden, 100.000 neue Arbeitsplätze entstehen, die Gemeinden und die Landeskassen mit Milliarden Steuereinnahmen gefüllt werden. Blühende Landschaften sollten geschaffen werden, in denen Bürger und Wirtschaft vom Glück des Flughafens gesegnet wohnen und leben. Nichts ist daraus geworden und daraus wird auch nichts werden!

Pfusch, Pleiten, Pech und Pannen sind heute das Ergebnis von politischer Großmannssucht und sachlicher Unfähigkeit. Rufen wir uns an der Jahresschwelle 2002/2003 die Ergebnisse unverantwortlichen politischen Handelns in Erinnerung:

- 1991 kaufen Berlin und Brandenburg für ca. 250 Mio. Euro in Schönefeld ein Grundstück, um einen Großflughafen zu bauen, für das der Steuerzahler bis heute mit wenigstens 325 Mio. Euro aufkommen musste und muss.
- Bis 1994 werden in einem Raumordnungsverfahren neben dem Standort Schönefeld weitere 6 Standorte untersucht. Ergebnis: Alle Standorte sind für die politischen Blütenträume geeignet, allein Schönefeld ist ungeeignet.
- 1996 entscheiden die Flughafen- und Luftfahrtexperten Stolpe, Diepgen und Wissmann: Der Flughafen muss nach Schönefeld!
- Schon 1997 war klar, das zu teuer gekaufte Grundstück „Baufeld Ost“ liegt für die Blütenträume eines Großflughafens an der falschen Stelle, man braucht es nicht.
- Stolpe, Diepgen und Wissmann nahmen dies ebenso billigend in Kauf, wie SPD, CDU, FDP und heute auch die Berliner PDS. Allen ist klar, dass sie mit dieser Entscheidung ihr politisches Wollen rücksichtslos gegen 150.000 betroffene Menschen durchsetzen müssen. Zu keiner Stunde hat es sie wirklich interessiert, dass die Betroffenen mit dem Lärmterror eines Großflughafens leben und die Angst vor den Folgen von Flugzeugabstürzen verarbeiten müssen, die Wertverluste ihres Eigentums - bis zur privaten Pleite - zu ertragen haben und ihre Gemeinden, wie alle Gemeinden in Flughafeneflnugschneisen, der Verstumung geopfert werden.

Diese Vorgeschichte hatte Folgen. Zwangsläufig musste die falsche Standortentscheidung ein Planungschaos produzieren, zu Durchstochereien führen, gerichtliche Auseinandersetzungen heraufbeschwören, die Betroffenen in Protest und Verzweiflung treiben, die Politik immer neue Lügen und Ausreden erfinden lassen, so dass das Großflughafenprojekt nationaler und internationaler Lächerlichkeit preisgegeben wurde und Milliarden Steuermark verschleudert wurden.

Darum nach 10 Jahren die Bilanz:

- Ca. 650 Mio. EURO Steuergelder sind für Planungskosten, Gerichtskosten, Gutachten, Raumordnungsverfahren, Planfeststellungsverfahren, Grundstückskosten, nicht eingerechnet Hunderte von Millionen an Gehältern und Kosten der öffentlichen Verwaltungen vernichtet, ohne dass auch nur ein Spatenstich für einen Großflughafen Schönefeld in Sichtweite wäre.
- Ein durch Gerichtsentcheidung zerstörtes Planungsrecht, das denn wohl auch mit einer im Frühjahr zu erwartenden Entscheidung des Landesverfassungsgerichts Brandenburg endlich boordigt wird.
- Kein Privatisierungsvertrag, wenn überhaupt, dann wird es einen Vertrag geben, der den privaten Gesellschaften RWE/HOCHTIEF und der Bonner Immobilien Holding IVG Gewinne zu Lasten des Steuerzahlers garantiert und den Haushalten von Berlin, Brandenburg und dem Bund die Zukunftsrisiken von heute schon nachweisbaren über 2,2 Milliarden EURO zuschiebt.

Das ist die Lage zum Hirngespinnst Großflughafen Schönefeld an der Jahresschwelle 2002/2003. Nichts ist geklärt, kein Baurecht, nur Pleiten, Pech und Pannen. Fazit: Außer Spesen nichts gewesen.

**SCHÖNEFELD
MIT UNS
NICHT**

Darum nach 10 Jahren die Bilanz:

- Ca. 650 Mio. EURO Steuergelder sind für Planungskosten, Gerichtskosten, Gutachten, Raumordnungsverfahren, Planfeststellungsverfahren, Grundstückskosten, nicht eingerechnet Hunderte von Millionen an Gehältern und Kosten der öffentlichen Verwaltungen vernichtet, ohne dass auch nur ein Spatenstich für einen Großflughafen Schönefeld in Sichtweite wäre.
- Ein durch Gerichtsentscheidung zerstörtes Planungsrecht, das denn wohl auch mit einer im Frühjahr zu erwartenden Entscheidung des Landesverfassungsgerichts Brandenburg endlich beerdigt wird.
- Kein Privatisierungsvertrag, wenn überhaupt, dann wird es einen Vertrag geben, der den privaten Gesellschaften RWE/HOCHTIEF und der Bonner Immobilien Holding IVG Gewinne zu Lasten des Steuerzahlers garantiert und den Haushalten von Berlin, Brandenburg und dem Bund die Zukunftsrisiken von heute schon nachweisbar über 2,2 Milliarden EURO zuschiebt.

Das ist die Lage zum Hirngespinnst Großflughafen Schönefeld an der Jahresschwelle 2002/2003. Nichts ist geklärt, kein Baurecht, nur Pleiten, Pech und Pannen. Fazit: Außer Spesen nichts gewesen.

Der Vorstand des BVBB wünscht allen Mitgliedern und Lesern der BVBB-Info ein schönes Weihnachtsfest und alles Gute für's neue Jahr, verbunden mit Kampfkraft gegen den Großflughafen auch in 2003.

Fragen an die politischen Schwadronneure

Was sagen Sie, Herr Platzeck, Herr Wowerit, Herr Stolpe, Herr Wolf und Herr Steffel, wenn wir Ihnen folgendes vorhalten: Sie schwadronieren immer noch von Schönefeld als dem größten Infrastrukturprojekt Europas, obwohl sie offensichtlich in Schönefeld nur noch einen Flughafen bauen wollen, der mit nun verkündeter Abfertigungskapazität von 17 Millionen Passagieren de facto nur noch ein Neubau von Tegel sein kann.

- Erklären Sie doch einmal, wo die 33 Mio. Passagiere geblieben sind, die zu den 50 Mio. der ursprünglichen Planung fehlen.
- Erklären Sie doch einmal, warum Ihnen in der Vergangenheit die Verschleuderung von wenigstens 650 Mio. EURO für Schönefeld so lieb waren und Sie darum leichten Herzens auf eine Unterstützung unserer Schulen, der Kitas, des Straßenbaus, der Forschung, der Polizei und des Mittelstandes verzichtet haben?
- Erklären Sie doch, warum Sie ein Projekt privatisieren wollen, das Sie nur privatisieren können, wenn es Gewinn abwirft und warum Sie dann darauf verzichten, diese Gewinne zu Gunsten der öffentlichen Haushalte selbst zu kassieren.
- Erklären Sie doch einmal, welche Luftfahrtgesellschaften Ihr Hirngespinnst, Schönefeld zu einem Großflughafen zu machen, von dem man in alle Welt fliegen kann, bisher für sich angenommen haben.
- Erklären Sie doch einmal, warum die Lufthansa und alle internationalen Fluggesellschaften Milliarden in Frankfurt/Main, München und Düsseldorf investieren und für Berlin keinen Groschen übrig haben.
- Erklären Sie doch einmal, wie auf einem Flughafen in Schönefeld bei geplanter Abfertigungskapazität von 17 Mio. Passagieren eine Jobmaschine entstehen soll, wenn wie geplant alle Beschäftigten von Tegel und Tempelhof in Schönefeld arbeiten sollen und die gesamte Zulleistung von Tegel und Tempelhof dann Schönefeld weiter bedient.
- Erklären Sie doch einmal, womit Sie die Arbeitslosen trösten wollen, denen Sie große Hoffnung auf einen Arbeitsplatz am neuen Großflughafen Schönefeld gemacht haben.
- Erklären Sie doch einmal, wie der Mittelstand der Region gesunden soll, wenn ab geplantem Baubeginn 2005 nur 15% der geplanten Bausumme für die Beteiligung mittelständischer Unternehmen zur Verfügung stehen soll.
- Erklären Sie doch einmal, was Sie machen werden, wenn die Privatisierung scheitert und das Landesverfassungsgericht in Folge der Entscheidung des OVG Frankfurt/Oder die Planungsgrundlage für Null und Nichtig erklärt.
- Erklären Sie doch mal, wie Sie begründen, dass es ethisch, politisch und vor den Schutzrechten des Grundgesetzes verantwortbar ist, 150.000 Menschen und 17 Gemeinden über Generationen einer Entscheidung zu unterwerfen, die ihre Wohnsitze praktisch unbewohnbar machen.

Auch auf die Antwort dieser Fragen haben die Betroffenen in 2002 gewartet, sie aber nicht bekommen. Die Antworten werden ebenso ignoriert, wie die Forderungen, dass die, die Verantwortung tragen, sich der Bevölkerung stellen müssen, weil sie mit ihren Steuergeldern bezahlt. Machen Sie sich keine Hoffnung, in 2003 wird es nicht anders sein. Darum gilt für 2003: Wir müssen kaputt machen, was uns kaputt machen soll. Dieses Jahr wird ein Jahr des Widerstandes, wie es Stolpe, Platzeck, Wowerit und ihre Helfershelfer in den Parteien noch nicht erlebt haben.

**SCHÖNEFELD
MIT UNS
NICHT**

Ausgeträumt - Aufwachen!

Vor nahezu 10 Jahren begann der Traum von einem internationalen Luftdrehkreuz, dem Großflughafen Berlin Brandenburg International. Mit diesem Großflughafen sollten die Probleme der Stadt gelöst werden. Aber es kam ganz anders. Industrieunternehmen wie Bergmann Borsig, Bombardier oder Nestle verlagern die Produktion oder schließen die Berliner Werke. Ob Krankenhausgesellschaft Vivantes, Feuersozietät, Bankgesellschaft Berlin oder Landesbürgschaften in Millionenhöhe, Berlin taumelt von einem Skandal in den nächsten. Ein nicht enden wollender Kreislauf von Arbeitslosigkeit, Steuerausfällen und steigenden Abgaben ist ins Rollen gekommen. Schlüssige Konzepte, wie man diesen Kreislauf durchbrechen kann, fehlen. Die einzige Lösung liegt scheinbar im weiteren Sozialabbau. Steigende Steuern und Abgaben, Kürzungen im Bereich der Kitas und Schulen sowie bei den Sozialausgaben stehen auf der Tagesordnung. Wer hätte das vor den Wahlen von den Sozialdemokraten oder gar den Sozialisten gedacht? Einen Ausweg scheint es nicht zu geben. Für das Jahr 2003 werden weitere Schulden gemacht. Von derzeit 46 Mrd. Euro steigt der Schuldenberg unter Einbeziehung der steigenden Zinszahlungen auf knapp 50 Mrd. Weiterhin sollen alle Projekte auf den Prüfstand kommen. Das betrifft die Zuschüsse für die Bäderbetriebe, vor allem die Investitionszuschüsse von bis zu 6 Mio. Euro sowie Zuschüsse für die Berliner Verkehrsbetriebe. Im Bereich der Arbeitsbeschaffungs-Maßnahmen könnten die SAM-Mittel für freie Träger ganz abgeschafft werden und somit 5 Mio. Euro eingespart werden. Selbst bei der Wirtschaftslage in Berlin, gespart werden. Ziel für das Jahr 2003 sind Einsparungen in Höhe von 219 Mio. Euro. Wie diese Einsparungen erreicht werden können, bleibt offen. Oder sollen die 471 Mio. Euro zusätzlicher Schulden im kommenden Jahr dafür genutzt werden? Ich frage mich, warum der Neubau des Flughafens Schönefeld nicht auch auf den Prüfstand kommt. Die finanziellen Risiken, die mit dem BBI verbunden sind, werden der Öffentlichkeit verschwiegen. Der Inhalt des Letter of Intent (Absichtserklärung) zur Privatisierung bleibt der Öffentlichkeit vorenthalten. Hat der Steuerzahler nicht das Recht zu erfahren, wo die finanziellen Risiken liegen? Wie viel Geld muss das Land Berlin als Gesellschafter der Flughafenholding jährlich zur Finanzierung der BBF aufbringen? Ergeben sich Konsequenzen aus der Haushaltssperre im Land Berlin für die Finanzierung der Flughafenholding? Als Bezirksverordneter von Treptow-Köpenick habe ich diese Fragen an das Bezirksamt gestellt. Die Antwort hat mich als Bürger dieser Stadt erschüttert. Die Haushaltssperre im Land Berlin hat **keine** Auswirkungen auf die Finanzierung der Flughafenholding GmbH (BBF). Für das Jahr 2002 sind im Haushaltsplan zum Haushaltsgesetz insgesamt 52,4 Mio. Euro für Privatisierung und Vorbereitung BBI vorgesehen, die auch an die Flughafenholding überwiesen werden. 52,4 Mio. Euro Steuergelder, die diese Stadt dringender benötigt als einen Flughafen BBI in Schönefeld, der nichts weiter ist als ein Neubau von Tegel an einem anderen innerstädtischem Standort. Was könnte man mit 52,4 Mio. Euro machen? Beispielsweise könnten Schulen mit modernster Computertechnik ausgestattet werden. Die PISA-Studie gibt allen Anlass dazu. Die Gebühren für Kitas könnten stabil und damit bezahlbar bleiben. Wir bräuchten uns keine Gedanken über das Fortbestehen der Jugendclubs in Müggelheim oder in anderen Ortsteilen Gedanken machen. Leider behandelt der rot-rote Senat diesen Flughafen wie eine heilige Kuh, die nicht geschlachtet werden darf. Wirtschaftssenator Wolf (PDS) und die Verkehrspolitische Sprecherin der PDS Matuschek wollen Schönefeld so schnell wie möglich. Wie und ob man dieses von Pleiten und Pannen begleitete Projekt überhaupt privatisiert, finanziert oder baut, weiß so recht keiner. Erfreuliche Signale kommen da von der oppositionellen PDS in Brandenburg, die zumindest ein Umsteuern in der Flughafenpolitik angesichts der dramatischen Haushaltslage in die Diskussion bringt. Mit 2,2 Mrd. Euro beziffert die Verkehrspolitische PDS-Sprecherin Tack aus Brandenburg das Risiko für die Öffentliche Hand infolge der beabsichtigten BBF-Privatisierung. Bleibt die Frage: Wann wachen die Berliner Genossen von SPD und PDS aus ihrem Dornröschenschlaf auf?

Frank Emmerich, Bezirksverordneter Treptow-Köpenick.

Die Sankt-Florians-Jünger von Tegel

In Tegel gibt es eine Bürgerinitiative, die die Schließung des Flughafens Tegels fordert und einen Großflughafen Schönefeld vehement fördert. Ganz im Sinne und zur Freude der Flughafen-gesellschaft BBF, von Wowerit und SPD, CDU und PDS sucht sie jeden Anlass, um lauthals den Neubau von Schönefeld zu fordern. Wie ihre Patrone hält die Initiative es für richtig und geboten, den Menschen zwischen Erkner und Ludwigsfelde, Lichterfelde und Zossen das zu zumuten, was sie für sich als unzumutbar bezeichnet: Lärmterror, Katastrophengefahr und unzumutbare Umfeldbedingungen. Alle Versuche des BVBB, diesem Verein klarzumachen, dass Innerstädtische und Stadtrandflughäfen generell unzumutbar sind und darum Gemeinsamkeit gegen ignorante Flughafenbefürworter an solchen Standorten notwendig ist, sind gescheitert. Unabhängig von der Verletzung des menschlichen Grundsatzes: „Was Du nicht willst was man dir tut, das füg auch keinem anderen zu“, stellt sich die Frage, wer das Treiben dieses Vereins finanziert, wieviele Mitglieder er hat, wie genau er seine Vereinssatzung nimmt und wie Einnahmen und Ausgaben kontrolliert werden. Der BVBB hat vorgeschlagen, unabhängige Wirtschaftsprüfer sowohl beim BVBB als auch beim Tegeler Verein genau diese Fragen überprüfen zu lassen. Es geht darum, dass Öffentlichkeit und Mitglieder wissen, aus welchen Quellen der Widerstand finanziert wird. Dies haben die St. Floriansjünger abgelehnt. Wen wundert es darum, wenn der Verdacht geäußert wird, dass nicht nur edle Motive den Verein umtreiben, sondern vielleicht auch noch Spendenquellen, die das Licht der Öffentlichkeit nicht erblicken dürfen. Bekanntlich sponsert die BBF mit Steuergeldern alles und jeden: Hauptsache, er ist für den Neubau von Schönefeld.

**SCHÖNEFELD
MIT UNS
NICHT**

2003: Der Kampf geht weiter!

Noch ist der Neubau von Schönefeld nicht verhindert. Selbst die Befürworter rechnen in ihren Hinterstuben nur noch mit Chancen von 50%. Dies ist für die Betroffenen noch zu viel und für Wowerit, Stolpe und Platzeck zu wenig. Die Chancen, das Hirngespinnst vom internationalen Großflughafen in Schönefeld zur Strecke zu bringen, steigen.

Wir wissen ebenso wie die Befürworter, dass alles von der Finanzierung, dem Widerstand der betroffenen Menschen und der Entscheidung von Gerichten, zuletzt vom Bundesverwaltungsgericht, abhängt.

Der Countdown läuft: Im Frühjahr wird die Entscheidung des Verfassungsgerichtes Brandenburg zur Planungsgrundlage (Landesentwicklungsprogramm LEPRO) erwartet. Die 16 Umlandgemeinden, welche die Klage eingereicht haben, können guten Mutes sein, dass sie obsiegen werden und damit das Urteil des OVG Frankfurt/Oder (Aug.2002) bestätigt wird. Nach neuester Ankündigung soll ebenfalls im Frühjahr 2002 der Privatisierungsvertrag mit den Investoren RWE/HOCHTIEF und der Bonner Immobilienholding IVG unterschrieben werden. SPD, CDU, FDP und die Berliner PDS hoffen, dass sie dann - koste was es wolle - die heiße Kartoffel Schönefeld los sind. Die Bürger in Berlin und Brandenburg dürfen bangen, dass sie dann mit über 2,2 Mrd. Euro für ein Risiko bluten dürfen, das mit seinen Folgen für die Sozial-, Bildungs-, Verkehrs-, Sicherheits- und Ordnungshaushalte unübersehbar ist. Im Herbst 2003 oder Frühjahr 2004 will dann der Verkehrsminister von Brandenburg einen so genannten Planfeststellungsbeschluss (Baurechtsgenehmigung) vorlegen. Danach wird mit Sicherheit eine Flut von Klagen gegen den Beschluss beim Bundesverwaltungsgericht anhängig.

Jahreshauptversammlung des BVBB

Der BVBB hat für den 10. Januar um 18.00 Uhr (Satzungsberatung) und 11. Januar 2003 um 10.00 Uhr alle über 5.000 Mitglieder zur Jahreshauptversammlung in die Markthalle auf Schloß Diedersdorf, in 15831 Diedersdorf, eingeladen. Auf der Tagesordnung stehen u.a. die Neuwahlen des Vorstandes und die Verabschiedung einer neuen Satzung.

Wir haben ihn wieder!

Wer glaubte, Stolpe könnte das Mäusen lassen, muss sich nun eines Besseren belehren lassen. Der einstige Gegner eines Neubaus des Großflughafens in Schönefeld und Befürworter des Standorts Sperenberg, der einstige IM-verdächtige Oberkonsistorialrat, der einstige Liebling vieler Brandenburger, ist wieder da. Wie Politikkarrieren so sind, nun als Bundesminister für Bauen und Verkehr und damit wieder als Gesellschafter, diesmal des Bundes, in der BBF. Mal schauen, was er nun veranstaltet.

Der Wolf im Schafspelz

Noch so eine Führungsfigur der PDS, die halb zog es ihn - halb sank er hin, den Neubau von Schönefeld zum Großflughafen für ein Ünding hielt. Das neue Amt des Wirtschaftssenators in Berlin machte auch ihn zum Herold für den Neubau. Jetzt sind sie alle beisammen, die Umfaller: Harald Wolf, Wirtschaftssenator (PDS), Klaus Wowerit, moderierender Bürgermeister von Berlin (SPD), Manfred Stolpe, Bundesminister (SPD) und die Gewerkschaft Verdi. Eine nette Umfallertruppe bei der nur einer weggefallen ist, Gregor Gysi (PDS). Schauen wir mal, wo sie demnächst noch hin- und wegfallen.

So verkauft man sich und andere für dumm

Ein Flughafen ist nur wirtschaftlich, wenn er am Stadtrand liegt, wenige Kilometer vom Zentrum entfernt. So etwas Dummes verkaufen Berliner Politiker und die gemeinsame Planungsabteilung von Brandenburg und Berlin in Reden und Schriftsätzen. Man darf ihnen aber nicht verzeihen, denn sie hätten wissen müssen, wo in den letzten 30 Jahren weltweit erfolgreich Großflughäfen gebaut wurden und wo für die nächsten hundert Jahre neue Standorte geplant werden. Eben nicht da, wo es die Besserswisser in Berlin und Brandenburg wollen, in innerstädtischen Gebieten. Weltweit hat man begriffen, dass man die besten Flughafenstandorte 40, 50 oder gar 80 km von Zentren entfernt ansiedelt. Weltweit hat man begriffen, dass die schnelle Erreichbarkeit, die Ausbaufähigkeit, die Nachtflugfähigkeit und die gesellschaftliche Vorträglichkeit eines Standortes die einzigen Kriterien für einen langfristigen wirtschaftlichen Erfolg eines Großflughafens sind. Dumm ist es darum auch, zu verschweigen oder zu vertuschen, dass ein Flughafen für den Passagier dort ist, wo er sein Auto parken kann, mit einem öffentlichen Verkehrsmittel ankommt, sein Gepäck abgibt und sein Flugticket bekommt. Darum ist nicht die Lage der Rollbahn entscheidend für den Komfort oder Erfolg eines Flughafens, sondern seine Erreichbarkeit zur Abfertigung der Passagiere.

Darum ist ein Flughafen, der die Abfertigung am Lehrter Bahnhof in Berlin (wünschenswert noch an zwei anderen Standorten, weg vom Zentrum) organisiert, ein innerstädtischer Flughafen.

Dann geht es in 30 Minuten zum Abflug, zum Rollfeld! So wird ein moderner, innerstädtischer Flughafen gebaut, gleichermaßen gut erreichbar von den Müggelheimern, den Frohnauern und den Potsdamern. Der Standort Stendal, an dem die Berliner AIRAIL AG genau dies als Flughafen Berlin International plant, lässt grüßen.

**SCHÖNEFELD
MIT UNS
NICHT**